

Liste Jetzt fordert Verbot von Kroatentreffen in Bleiburg
Nationalrat Peter Pilz sieht Verbot für rechtlich nötig. Er nimmt
Landeshauptmann Peter Kaiser und Innenminister Herbert Kickl in
die Pflicht.

Die Liste JETZT fordert eine Absage des geplanten kroatischen
Gedenktreffens am Loibacher Feld bei Bleiburg. Der Abgeordnete
Peter Pilz bezeichnete die umstrittene Versammlung als "Nazi-
Veranstaltung und größten Faschisten-Aufmarsch europaweit". Seiner
Meinung nach dürfte die Veranstaltung von Gesetzeswegen nicht
stattfinden.

Nachdem die "Kirche die Seiten gewechselt hat und die Diözese
Gurk-Klagenfurt die Genehmigung zur Abhaltung einer Bischofsmesser
im Rahmen des Treffens nicht mehr erteilt hat, ist die
Veranstaltung nicht mehr vom Versammlungsgesetz ausgenommen",
erläuterte Pilz bei einer Pressekonferenz Montagvormittag.
"Versammlungen, deren Zweck den Strafgesetzen zuwiderläuft oder
deren Abhaltung die öffentliche Sicherheit oder das öffentliche
Wohl gefährdet, sind von der Behörde zu untersagen", zitierte Pilz
aus dem Gesetz.

Verbot wäre möglich

Rechtliche Basis für die Untersagung einer Versammlung sei dabei
eine "Prognoseentscheidung" und im Fall des Kroatentreffens in
Bleiburg verfüge die Bezirkshauptmannschaft Völkermarkt über eine
verfassungsrechtliche Gutachten von Heinz Mayer, wonach die
Behörde aufgrund der ständigen Judikatur des
Verfassungsgerichtshofs verpflichtet sei, die Veranstaltung zu
untersagen. Es wäre daher gesetzeswidrig, wenn die Versammlung
erlaubt werden würde, erläuterte Pilz. Er sieht Innenminister
Herbert Kickl (FPÖ) und Landeshauptmann Peter Kaiser (SPÖ)
gefordert, "diese internationale Schande" abzuwenden. Das
Kroatentreffen werde zeigen, "ob Kickl nur der Innenminister der
Identitären ist oder auch der Innenminister der Ustascha", so
Pilz.

Festnahmen und Anzeigen

Offizieller Gegenstand der umstrittenen Versammlung, bei der es
jedes Mal zu zahlreichen Verletzungen des Verbotsgesetzes kommt,
ist das Gedenken an die Ermordung Tausender Ustascha-Soldaten nach
der Kapitulation der Nationalsozialisten 1945. Rund 40.000
geflüchtete Soldaten, die aufseiten Deutschlands gekämpft hatten,
wurden in Bleiburg mit ihren Familienangehörigen von der
britischen Besatzungsmacht an die kommunistischen Einheiten Titos
ausgeliefert. Tausende verloren an Ort und Stelle und auf dem
Rückmarsch nach Jugoslawien gewaltsam ihr Leben.

Die Gedenkfeier gilt seit Jahren als Treffpunkt von kroatischen
Ewiggestrigen, die den faschistischen Vasallenstaat Hitler-
Deutschlands im Zweiten Weltkrieg verklären. Im Vorjahr gab es

sieben Festnahmen und neun Anzeigen nach dem Verbotsgesetz. Sechs Teilnehmer wurden vor Gericht gestellt, fünf davon verurteilt.

Kleine Zeitung, 6.5.2019